

Bezugspreis
für Halle monatlich drei Mark
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.60 Mark
ausgeschlossen. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
außenbüchigen Zustellungsbezugspreis mit
Sozial-Zustellungsgebühr. Für un-
erlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Gesamt der Geschäftsleitung Nr. 1146,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen

wird d. 7. Gepl. 38 mm der Fotene-
zelle od. der. Raum mit 33 Pf. u.
10% Zufolg berechnet und in umf.
Annahmestellen u. allen Anzeigen-
geschäften. Reklamen die 78 mm
breite Zeile 1 Mt. u. 10% Zufolg.
Anzeigen - Annahmestellen: vom.
11 Uhr, für die Sonntags- u. abdo.
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle, Eichen-
weg 2 und, Sonnenschein- u. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a, Gr. Deuts-
channe 17. Neben-Geschäftsstelle: 1
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 202.

Halle, Mittwoch, den 1. Mai.

1918.

Der weitere Wahlrechtskampf.

Größere Heftigkeit des Feuerkampfes in Flandern. — Erfolgreiche Erkundungen an der Somme. — Feodosia besetzt.

Die weitere Beratung im Abgeordnetenhaus.

Die Redner der nationalliberalen Opposition — Das Gespenst einer sozialistisch-polnisch-fortschrittlichen Mehrheit — Minister Dr. Drews gegen den Antrag des Abg. Dr. Lohmann.

(Eigener drahtlicher Parlamentsbericht der „Saale-Zeitung“.)

Berlin, 1. Mai.
Präsident Graf Schwerin-König eröffnet die Sitzung
um 12 Uhr.
Zunächst lesen

fünf neu eingetretene Mitglieder

des Hauses den in Tagesordnung eingetretene: Zweite
Lesung der SS 1—3 der

Wahlreformvorlage.

Abg. Dr. Lohmann (Natl.): Ich spreche nur für die
Hälfte meiner Fraktion. (Heiterkeit.) Unser
Standpunkt ist ja aus den Verhandlungen im Ausschuss und
im Plenum, sowie vom Parteitag her bekannt. Dennoch
wollen wir die Gründe noch einmal darlegen, die uns auch
jetzt noch bewegen, gegen die Regierungsvorlage eine
ablehnende Haltung einzunehmen. Zwar haben wir nicht mehr
die Hoffnung, noch irgend jemanden durch Gründe über-
zeugen zu können, und dennoch müssen wir die bringende Ver-
pflichtung, unseren Standpunkt in diesem Hause festzuhalten.
Diejenigen meiner politischen Freunde, die hinter mir stehen,
glauben an ihrem Widerstande gegen die Vorlage der Regierung

sofort. (Sehr laute Beifall rechts; ironische Zurufe links; er-
neute Erörterung rechts.) Wir haben insbesondere die Ver-
sicherung, daß wenn die Vorlage Gesetz werden würde, die
sozialdemokratische Partei sehr stark sein
würde. (Sehr laute Zustimmung rechts.) Die Gleichheit des
Rechts für alle bedeutet die Unterdrückung der wenigen, die
andere denken. (Sehr richtig! rechts.) Das Reichstagswahl-
recht wird in Preußen tabular wirken als im Reichstage.
(Zustimmung rechts.) Unsere Bevölkerung ist in der Hin-
sicht unglücklicher zusammengesetzt als diejenige des ganzen
Reichslandes. Dazu kommt der

Einfluss der Polen.

Als einer absoluten Oppositionspartei in Preußen. Die
Macht und der Einfluß der sozialdemokratischen Partei wird
in Preußen noch mehr in Erscheinung treten als im Reich.
(Sehr richtig! rechts.) Dazu sind noch alle die Momente zu
rücken, die für ein weiteres Anwachsen der Partei sprechen.
Wenn das

Wachstum der Summe der sozialdemokratischen Stimmen
in Preußen in dem Maße andauernd, wie sie bei den Reichs-
tagswahlen angewachsen waren, dann wird die Zahl der
sozialdemokratischen Mandate derartig anwachsen, daß sie
in absehbarer Zeit mit den Polen und Welfen die Mehrheit
im Abgeordnetenhaus haben werden. (Zustimmung rechts.)
Wir werden da etwa 112 Sozialdemokraten, 40 Polen,
3 Welfen und 2 Dänen haben, zusammen also 157 Stimmen.
Mit den fortschrittlichen Abgeordneten kommen wir dann
auf 192, was der absoluten Mehrheit von 228 außerordent-
lich nahekommt. Ich weiß der fortschrittlichen Volkspartei kein
Unrecht, wenn sie insofern in Verbindung mit der Sozial-
demokratie bringe. (Zustimmung rechts und bei einem Teile
der Nationalliberalen.) Wir stehen vor einem allgemeinen
Stimmabstandnis der Fortschrittler mit der Sozial-
demokratie.

Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Da-
durch wird die Macht der Sozialdemokratie außerordentlich
zunehmen. Bei den letzten Reichstagswahlen ist die Zahl
der Sozialdemokraten nur deswegen verhältnismäßig klein
geblieben, weil die Stichwahlparole der Fortschrittler nicht
vollständig ausgegeben wurde. Wäre sie früher und voll-
ständiger ausgegeben worden, so würden wir heute 25
sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder mehr haben.
Ich glaube, daß wir mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß
in absehbarer Zeit eine

sozialdemokratisch-polnisch-fortschrittliche Mehrheit
im Abgeordnetenhaus sein wird. Die Regierung verkennt
zwar nicht, daß eine

gewisse Radikalisierung eintreten

werde. Aber mit dem Optimismus, der sie bei der Her-
leitung der Vorlage ausgezehlet hat, hat sie immer wieder
erklärt, diese Radikalisierung werde nicht mehr so gefährlich
sein wie vor dem Kriege. Auch meine Fraktion hofft auf
das Bestimmte, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen
Wahlkreise in Bezug auf die nationalen Fortschritte des
Staates sich anders verhalten wird als vor dem Kriege, und
daß er Wege wahren wird, die von den Herren Kautsky
und Strick ausgehen werden, nicht solche, wie sie Hoffmann
und Genossen vorschreiben. Sie weniger die Sozialdemokratie
nationalistische, nationale und religiöse Gefühle der Staats-
rechtlich gesunden Arbeitern verlor, um so stärker
wird ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter sein. Wenn die

Sozialdemokratie diese Richtung nicht verfolgt, wird die
Anziehungskraft

auf die Arbeitern sehr schwach

sein. (Abg. Saenisch: Sehr richtig.) Ich befürchte ein sehr
starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen nach
dem Kriege. Wenn die Sozialdemokratie die nationale Not-
wendigkeit anerkennt und die monarchischen Gefühle nicht
verleht, ist sie für uns eine politische Partei, mit der wir
verhandeln können. Aber sie wird vermutlich wirtschaftlich
eine Politik betreiben, die

für den Staat unmöglich

ist. (Zustimmung rechts.) Es wird behauptet, daß das Ge-
meindewahlrecht auf anderen Grundlagen beruht als das
staatliche Wahlrecht. Die Regierung ist im Irrtum, wenn
sie annimmt, der Kampf um das Gemeindewahlrecht wird
eine Reizorgie und keine Wahlfrage sein. Ein sehr lehr-
reicher Vorgang ist in Baden zu vergleichen. Dort hat sich
die nationalliberale Partei dem gleichen Wahlrecht ent-
gegengesetzt, sie hat aber schließlich dem Druck nachgeben
müssen. Nun fordern die drei Parteien, also Zentrum,
Nationalliberale und Sozialdemokraten, einmütig auch
für die Gemeinden das gleiche Wahlrecht.

Kein Politiker zweifelt daran, daß die Einführung desselben
unmittelbar beantragt. (Sehr laut rechts.) Wird die
preussische Staatsregierung mehr Widerstandskraft haben?
Oder wird die Linke dieses Hauses schüchtern sein? Dann
zu der

polnischen Frage.

Schon bei der jetzigen Mehrheit ist die Arbeit schwierig.
Die polnische Bevölkerung steht kulturell nicht völlig auf der
Höhe der deutschen. Sie hat aber die Vorteile des allge-
meinen Niveaus eingeheimet. Es herrscht eine große Nach-
frage nach Grund und Boden. Bei der jetzigen Anlieblungs-
politik wird der Bedarf nach Grund und Boden von deut-
scher in polnische Hand immer etwas stärker hervortreten.
Wir stehen

vor einem neuen starken Ansturm der Polen.

Was will die Regierung in dieser Gefahr tun? Die fort-
schrittliche Volkspartei liebt vor der Notwendigkeit, ihre Dis-
tinktionspolitik zu regulieren. Starke Beschränkungen werden
leut aus den Kreisen der katholischen und evangelischen
Kirche. Man befürchtet radikale Umwälzungen auf dem Ge-
biete der Schul- und Kirchenpolitik. Alle diese Bedenken
zwingen uns, unseren Widerstand gegen die Regierungsvor-
lage aufrecht zu erhalten.

Das Unannehmliche der Regierung

ist allerdings noch nicht ausdrücklich ausgesprochen
worden. (Widerpruch links.) Wir haben daher einen An-
trag auf Einführung des Zweitmannwahlrechtes einge-
bracht. Die ganze Presse mit wenigen unzulässigen Aus-
nahmen hat zugesehen, daß er eine sachliche Annäherung an
die Regierungsvorlage bedeutet.

(Fortsetzung Seite 2.)

Ämtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 1. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern lebte der Feuerkampf in den Abschnitten
von Yper und Brannet vor größerer Heftigkeit auf. Frische
in den Kampf gemotene feindliche Kräfte verlustlos ver-
geblich gegen Brannet vorzudringen. Ihr mehrfacher An-
sturm brach in unserem Feuer zusammen.
Auf dem Schlachtfelde heftigkeit der Somme führten
wir erfolgreiche Erkundungen durch.
Vorläufe in die feindlichen Linien südwestlich von Hognon
und über den Diep-Äisne-Kanal bei Verennes brachten
mehr als 50 Gefangene.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Osten.

Finnland.

In vorzeitlichen Kämpfen versuchte der Feind, unsere
Linien nordöstlich von Laanselms und bei Lahti zu durch-
brechen. Unter schwierigen Verhältnissen wurde er zurück-
geschlagen.

Finnländische Truppen haben die Festung Wiborg ge-
nommen.

Kleinasien.

In der Arme haben wir Feodosia kamplos besetzt.
Der Erste Generalquartiermeister Lundenorff

Die Verhandlungen mit Holland.

Man könnte diesen knappen Ausführungen auch die
Ueberschrift geben: „Holland in Not.“ Die Niederlande
haben in der Tat in den letzten Tagen eine Krise durch-
gemacht, die am deutlichsten im eigenen Lande empfunden
wurde. Die Aufregung in Holland war groß. Man sprach
von einem Ultimatum Deutschlands an seinen Nachbarn
man sprach allerlei Befürchtungen aus, für die uns in
Deutschland die tatsächlichen Unterlagen zu fehlen schienen.
Die stehenden Verhandlungen brachten es mit sich, daß
es im Saag zu einer geheimen Kammerberührung kam, in der
sich die Mehrheit des holländischen Parlaments an den
Ergebnis gefiel haben soll, daß das Land den berechtigten
Wünschen Deutschlands entsprechen müsse. Auch über einen
niederländischen Kontrat wurde berichtet, der sich gleichfalls
mit den deutsch-holländischen Verhandlungen beschäftigt
haben soll.

Das alles konnte aber nicht die Nervosität erklären, die
sich geradezu des ganzen holländischen Volkes bemächtigt
hatte. Wenn wir hier nach einer Erklärung suchen, dann
müßten wir sagen, daß das holländische Gewissen
machtet eine bestimmte Rolle gespielt hat. Und dieses Ge-
wissen war nicht ganz rein! Wer Holland seit Jahren ge-
nauer kennt, weiß, daß die Vorläufe für Deutschland dort
niemals sonderlich groß war. Im Kriege hat eine krupelo-
se Pflagation der Entente in den Niederlanden ein-
übertragen. Bei aller Mühe, die sich Holland durch mehr
als 3½ Jahre bei der Aufrechterhaltung seiner Neutralität
ergehen hat, darf nicht unerkannt werden, daß es doch der
Entente manchen Lebensbedarf erwiesen hat, für den wir
kein Verdanknis haben können bei aller Anerkennung der
nachhaltigen Schwierigkeiten. Holland hat an Deutschland
im Verlaufe des Krieges gewisse Lieferungen gemacht, an
denen es jedoch enorm verdiente. Obwohl das Land immer
näher zur Entente kam — halb gesunken, halb gezogen —
wurde es von uns in seiner Weite bedroht. Umgekehrt aber
war es die Entente, die auf Holland den bruttalen Druck
ausübte. Immer deutlicher trat das Streben hervor, dem
griechischen Staate in Holland einen Nachstoß zu geben.
Niemand wird sagen wollen, daß die verschiedenen Ab-
kommen Hollands mit der Entente über holländischen Schiff-
raum mit einer streng neutralität vereinbar waren. All-
gemein aufmerksam wurde man in Deutschland auf diese Vor-
gänge jedoch erst, als sich das Land der zwangsmäßigen Ein-
stellung von mehreren hunderttausend Tonnen holländischen
Schiffraum in den Dienst der Entente ohne viel Aufheben
unterwarf. Hier erwies Holland der Entente einen be-
sonders großen Dienst, den man in Deutschland unmöglich
von heute auf morgen verzeihen lassen kann. Was erntete
das Land bei der Entente? Feindliche Fingergänge über-
stiegen immer wieder holländisches Gebiet, ohne sich darum
zu kümmern, daß es sich um neutrales Land handelte. Engli-
sche Minen fingen sich allmonatlich zu Hunderten an der
holländischen Küste und gefährdeten die niederländische Küsten-
sicherheit und die Fischerei. Die Grenze der holländischen
Hohheitsgewässer ward von der Entente völkerrechtswidrig
ausgelegt. Die für Holland freie Fahrtrinne ward immer
weniger eingeengt. Bei allen noch so schäme Vorformulieren
begnügte sich Holland mit piepiern Protesten, von denen
wir alle im voraus wissen, daß sie ohne Folgen bleiben
werden und daß sie ein unzulässiges Erbe in den Londoner
Verhandlungen finden. Hollands Verhalten konnte nur ver-
standen werden, wenn man in mühsamer weitgehender Weise
die Schwierigkeiten berücksichtigt, in denen sich das Land
gegenüber der brutal auftretenden Entente befand. Der
Bogen des Entgegenkommens dürfte aber auch von Holland
nicht überbunden werden. Wenn bei einer solchen Situation
sich weitere Kompensationen ergaben, so müßte endlich doch
der deutsche Geduldsschnur reißen. Den Weg der Drohung,
Erpressung und Vergewaltigung, den die Entente gegen-
über Holland eingeschlagen hatte, wandelte Deutschland aber
auch jetzt nicht.

Das Deutsche Reich hat für die Lage Hollands mehr
Verständnis gezeigt, wie umgekehrt etwa die holländische
Presse über die Lage Deutschlands. Wir nutzten die bedrückte
Situation des Landes nicht aus. Von Deutschland aus
werden die mit Holland im Gange befindlichen Verhand-
lungen mit aller Ruhe und Wohlwollen geführt. Wir
müssen aber auch fordern, daß sie mit Festigkeit zu
Ende geführt werden. Diese Forderung ist um so
mehr begründet, als deutscherseits nichts Unbilliges verlangt
wird. Die Meldungen von einem deutschen Ultimatum an
Holland sind bereits vor einigen Tagen in das Reich der
Fabel verwiesen worden. Es wurde inwiefern ferner fest-

geseht, daß Deutschlands Forderungen für einen neutralen Staat sich durchaus im Rahmen des Völkerrichts halten. Jetzt hören wir aus, daß die Verhandlungen einen guten Verlauf nehmen. Nach dem vor wenigen Tagen in Haag abgeschlossenen Kronrat wurde der niederländische Gesandte in Berlin, Baron Gevers, von der Königin Wilhelmine empfangen. Nach diesem Empfang ist der Gesandte nach Berlin zurückgekehrt und hat eine Befriedigung mit dem Reichskanzler gehabt. Auch Baron Gevers soll sich günstig über den Stand der Dinge geäußert haben. Im ganzen deutschen Volk wird man die gleichen Hoffnungen hegen. Niemand will bei uns einen Konflikt mit dem holländischen Nachbarn. Überall tritt nun das Bestreben hervor, mit dem benachbarten Stammerwanden Volke auch über die ruffische Kriegszeit in guten Beziehungen zu leben. Niemand verliert sich in Deutschland jedoch der Notwendigkeit eines festen Auftretens auf gegenüber Holland. Die im Gange befindlichen Verhandlungen werden dahingilt zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß gekommen sein, wenn man in Holland der allgemeinen Lage und der in Deutschland herrschenden Stimmung Rechnung trägt. Zu einer Neuzeit für Deutschland liegt jedenfalls noch die vor keine Veranlassung vor.

Günstiger Stand der Verhandlungen.

Berlin, 1. Mai. Die deutsch-holländischen Verhandlungen nehmen laut „E. M.“ einen günstigen Verlauf, so daß mit einem befriedigenden Abschluß in absehbarer Zeit gerechnet werden kann.

Rheinbrücken mit Heerführernamen.

Berlin, 30. April. (Amtlich.) Es. Majestät der Kaiser richtete an den Kronprinzen folgendes Telegramm: „Es ist mir eine große Freude, die mitzutheilen, daß ich heute erfahren habe, daß die Rheinbrückenbauarbeiten vorwärts gehen. Ich wünsche, daß die Kronprinz, die die Verwaltung der Rheinischen Staatsbahn leitet, welche mir den Vorschlag gemacht hat, will durch dankbar seinen Namen als Heerführer verewigen.“

Die gleiche Ehrung ließ der Kaiser dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg zufließen, indem er die neue Rheinbrücke bei Rüdheim nach ihm benannte, und dem Eriken Generalkarabinieri General der Infanterie v. und o. d. r. f. d. e. n. i. n. den Namen die Rheinbrücke bei Remagen tragen soll.

Berliner Pressestimmen zum Wahlrechtskampfe.

Berlin, 1. Mai. Zum hiesigen Auftakt der gestrigen Wahlrechtsverhandlungen im Abgeordnetenhause sagt der „E. M.“, man müsse zugestehen, daß in ihr die Stimmungen und Anschauungen zum Ausdruck wurden, die sich im Volke während der langen Dauer der unangenehmen Krise angeammelt haben. Die Weidenschaft brachte mit elementarer Gewalt in die Öffentlichkeit. Graf Spee habe sicherlich vielen aus der Seele gesprochen, die sich immer noch nicht darin finden können, daß diese Vorlage sich im Kriege zur Debatte gelassen wird.

Auch die „Neuzugzeitung“ meint, es lasse sich nicht leugnen, daß sehr breite und sehr bedeutenswerte Kreise inermäßig durdaus auf dem Boden der Graf Speeschen Umfassung stehen.

Die „Voll. Ztg.“ schreibt, es habe in der an Fünftagen dauernden Sitzung einen Augenblick gegeben, in dem die Auslösung an einem Baum hing, wenn die Konventionen und Freiheitskonventionen in gehobener Weise, wie es ihnen die Stimmung des Augenblicks eingab, und dem wenigstens zugestimmt haben würden. Diese schnelle Klärung wäre der Winken um so mehr erwünscht gewesen, als sie dann Ausflucht hätte, das gleiche Wahlrecht ohne weitgehende Bindung und ohne die außerordentlich verklärte Nachstellung zu erlangen, die jetzt der Eriken Kammer zufallen würde.

Die „Berliner Börsenzeitung“ schreibt: Mit der Wählung muß es sehr wahrscheinlich geredet werden, aber alles deutet darauf hin, daß sich zwischen der zweiten und dritten Lesung noch entscheidende Dinge abspielen sollen. Man erzählt, daß starke Einfüsse einzufließen sind, die Auslösung zu verhindern.

Die „Waldzeitung“ spricht von Kompromissen in manchen nach dem Sturm.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die Regierung, die die Karole des gleichen Wahlrechts ausgehen hat, muß sich darüber klar sein, daß es auf diesem Boden nur ein Vorwärts und kein Zurück gibt.

Die „Germania“ hält es für nötig, zu sagen, daß man sich in den Kreisen der Gegner endlich in den Gedanken an das Reichstages Ende, daß der Zug des gleichen Wahlrechts unaufhaltsam sei und die Staatsallseitig geäußert fordere, dieser Aufgabe Rechnung zu tragen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Graf Hertings Rede war die Antwort auf den Antrag Bohmann. Auch dieser Antrag würde dem Geis nicht den Charakter nehmen, den die Regierung unter allen Umständen vermeiden will. Die Zufüge war gegeben, die Zufüge werden eingehalten werden. Graf Herting hat deutlich zum Ausdruck, daß alle Versuche, den vermeintlichen Zweck nämlich zu furchtlichen Folgen der Demotisierung des preußischen Wahlrechts zu bewegen, bei der Regierung größtem Wohlwollen begegneten unter der Voraussetzung allerdings, daß der Entwurf selbst mit dem Allgemeinen und gleichen Wahlrecht als Grundlage gesetzt werden müßte. Das gleiche Wahlrecht müsse kommen, wenn nicht jetzt, so in absehbarer Zeit.

Ministerwechsel in Japan.

London, 30. April. (Beater.) „Times“ erfahren aus Tokio, daß Matsuno an Stelle von Koto zum Minister des Innern ernannt worden ist. Koto wurde Minister des Innern im Ministerium des Kungers. Koto erklärte, daß er an der Politik seines Vorgängers festhalten werde. Man sagt diese Erklärung zu sein, daß Japan zu Intervention bereit ist, aber daß es ein Bündnis mit den Alliierten und im übrigen feste Hand behält.

Die tägliche U-Boot-Expedition.

Wertvolles Kriegsmaterial vernichtet.

Berlin, 30. April. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurde der Handelsverkehr unserer Feinde durch Verhinderung von 28 000 Buntlos-Megister-Tonnen schwer gehindert.

Den Hauptteil an diesem Erfolg hat Oberleutnant J. E. Steinbock, das von ihm befehligte Boot hat im Verweilort allein 6 Dampfer mit zusammen 23 000 Buntlos-Megister-Tonnen zerstört. Alle Dampfer, darunter 2 Schiffe von je 5000 T. B. Z., waren mit Geschossen und Brandgeschiffen 3 Dampfer wurden aus Gefährdung herausgeschossen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß mit den zerstörten Schiffen wiederum wertvolles Kriegsmaterial in großen Mengen für den Feind vernichtet wurde.

Der Chef des Admiraltabs der Marine.

Die russischen Umsturzgerichte.

In den spärlichen Nachrichten, die aus Rußland auf dem Umwege über Finnland und Schweden nach Deutschland gelangen, erzählt sich hartnäckig das vor einigen Tagen versetzhete Gericht, daß die Volksrevolutionsregierung durch eine Gegenrevolution gestürzt und der Zarismus zum Jaren ausgerufen worden sei. Damit im Zusammenhang steht offenbar folgende Meldung des Stodholmer „Aftonbladet“ aus Moskau:

Man glaubt in Rußland, daß die neue Regierung von den von bolschewistischen abgesehenen Frieden nicht anerkennen kann, sondern darauf besteht, einen neuen Frieden zu schließen. Einland und Ungarnland sollen dann unter Rußland bleiben.

Eine Meldung aus Moskau bezeugt: Neben den englischen Ausgaben einer Gegerichtsaktion in Rußland liegen an hiesiger parlamentarischen Stellen bis jetzt noch keine beherrschenden Nachrichten vor. Die Möglichkeit, daß sich in der russischen Hauptstadt bedeutende Ereignisse abspielen haben, wird jedoch nicht in Abrede gestellt. In dieser Beziehung wird auch behauptet, daß Lenin schon vor einiger Zeit Neigung zu einer gründlichen Aenderung der bisherigen bolschewistischen Politik und zu einem Zusammenwirken mit anderen Parteien an den Tag gelegt habe. Es ist demnach nicht ausgeschlossen, daß es sich weniger um einen gewaltthätigen Putsch, als um den Beginn einer neuen Richtung in der Politik der Bolschewist handelt.

Die Japaner-Landung in Wladivostok.

Wafel, 1. Mai. (Privattelegramm.) Nach einem verspätet eingetroffenen Sonderbericht machte der französische Gesandte in Petersburg, Roussin, den Journalisten folgende Mittheilungen über die Verhältnisse im fernem Osten: Die Landung der japanischen Truppen in Wladivostok war durch die Unsicherheit, in der sich die Angehörigen der Alliierten jetzt befinden haben, bedingt. Die Alliierten können den Erfolg der Deutschen und Oesterreicher sowohl im Norden als auch im Süden nicht gleichzeitig gegenübersehen. Diese Erfolge überdecken alles, was man nach dem Friedensschluß voraussehen konnte. Deutschland will seinen ökonomischen Einfluß auf ganz Rußland ausdehnen. Die Alliierten müssen gegen diese für sie und noch mehr für das russische Volk gefährlichen Vorgänge auftreten. Wenn die Alliierten zu militärischen Maßnahmen ihre Zustimmung geben, so werden sie nur in ihrer eigenen Sache als Verbündete tun, ohne sich in die inneren russischen Verhältnisse einzumischen.

Der Wert der amerikanischen Hilfe.

Bern, 30. April. Die „Times“ bringen folgende Zuschrift von Sidney Low: Diesem, die hoffen, daß die amerikanische Hilfe unsere unmittelbaren Schweißarbeiten beheben werde, sollten die Verhandlungsberichte des amerikanischen Senats vom 27. März lesen. Der Senatsauschuss für militärische Angelegenheiten vernahm den mit der Durchführung des Flugzeugprogrammes betrauten Offizier, der auslegte, daß bisher nur ein Kampfflugzeug von Amerika nach Frankreich geschickt wurde. Senator New erklärte, daß von den zwölftausend Flugzeugen, die Verding bis 1. 7. erhalten sollte, bis dahin nur sieben und dreihundert ablieferungsbereit sein werden. Senator Lodge stellte fest, daß in den der Kontrolle des amerikanischen Schiffsahrtsamtes unterstellten Werften nur zwei Frachtgeschiffe fertiggestellt sind, und daß es dem Kriegsdepartement, obwohl es ein halbes Jahr mit Versuchen, einen verbesserten Typus des französischen Selbstgeschiffes herzustellen, vergeblich, nicht gelungen ist, eine geeignete Waffe anzufertigen, so daß jede Kanone im Verding Briten gegenüber aus französischen Fabriken entkann. In hatte es für wünschenswert, daß diese Feuerungen und Berichte hier bekannt und verstanden werden.

Wir freuen uns der moralischen Unterstützung des amerikanischen Volkes und hoffen, daß keine unendlichen Hilfsquellen und unbeschreibbare Energie unsere Sieg schließlich entscheidend machen werde, aber wir müssen verstehen, daß auf Monate hinaus die Bürde, die deutschen Angar abzuwehren, weiterhin von Frankreich und England getragen werden muß. Amerika mag schließlich die Demotisation zeitlich absetzen, um unter eigenen Preisen und unsere eigene Grundsätze, unsere eigenen Typen, unsere eigenen mobilisierten Industrien und unsere eigene bis zur letzten Unze verfügbaren Druckes angepaarte Effektivkräfte verlassen.

Amerikas bisherige militärische Leistungen.

Berlin, 30. April. (Amtlich.) Das völkische Denksachen der amerikanischen Truppen in der Westfront hat auch alle Amerikaner darüber aufgeföhrt, was Amerika bisher militärisch geleistet hat. Wie wenig man in dieser Beziehung auch schon vor dem Offensiv der amerikanischen Truppen in Frankreich p. m. a. t. a. b. e. i. e. t. e. d. i. e. „New York Tribune“ vom 15. 2., worin der Entfänger die Stimmung weiter Kreise zu der Frage folgenberemhen wies:

„Es wäre Wahnwitz, un ausgebildete Truppen unter Offizieren ohne Erfahrung in modernen Krieg zu verwenden, wo irgend etwas von ihnen abhängt. Wären die Franzosen gewungen, unsere Truppen an irgend einem verantwortungsvollen Posten zu stellen, so würden sie bis zum bittersten zu bereuen haben.“

Deutsches Reich.

Erster freireiwillig-nationaler Arbeiter- und Angestelltenkongress.

Den zweiten Verhandlungstag leitete ein Vortrag des Generalsekretärs Oswald Riebel Berlin über staatsbürgerliche Erziehung ein. Nach längerer Aussprache nahm der Kongress einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: „Die staatsbürgerliche Geltung hat sich in schwerer Not als tragfähige Stütze des Staates bewährt. In dieser Zeit zur staatsbürgerlichen Betätigung wird für die Gesamtheit wichtiger sein, wenn die staatsrechtliche Stellung des Volkes im Staate jedem einzelnen Volksgenossen die Möglichkeit gibt, an den Geschäften des Staates teilzunehmen. Je mehr der einzelne an den Staatsgeschäften beteiligt wird, desto mehr wird die staatsbürgerliche Geltung und Bildung vertieft und desto mehr werden Grundfesten des Staates unerföhrtlicher.“

In der Nachmittagsitzung sprach Arbeitersekretär Erkelenz Neuf über die Vertretung der Arbeitnehmer in den Parlamenten. Er betonte die unabdingbare Notwendigkeit des Eintrittes von Vertretern der arbeitenden Massen im Reichstag und in die Landtage der Bundesstaaten. In dem Grundsatze der parteipolitischen Unabhängigkeit der Vertreter soll festgehalten werden.

Zum Schluß nahm der Kongress eine Erklärung an, in der er die Gesetzesvorlagen auf Aufhebung des 153 der Gewerbeordnung und Schaffung von Arbeitsämtern in einem Bereich für den reiblichen Willen der Regierung, der politischen die soziale Reorientierung ausgedehnt, freudig begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß diese beiden Vorlagen baldigst zum Reichstage in einer die Interessen aller Arbeiter wahrnehmenden Stellung verabschiedet wird und die Angestellten, Beamten und Staatsarbeiter hold öffentlich-rechtliche Staatsvertretungen erhalten.

Der esch-lothringische Landtag geschlossen.

Straßburg, 30. April. Der Landtag von Elsaß-Lothringen wurde heute früh durch kaiserliche Verordnung geschlossen.

Provinzial-Nachrichten.

Salzstadt, 1. Mai. (Einen umfangreichen verboten es Viehhandel) ist wiederum die Gewerbetätigkeit auf die Spur gekommen. Vor einigen Tagen schon war festgestellt, daß in einem Grundstücke des Dörfertagel nachts 8 Hammel heimlich abgetrieben waren, die aber beschlagnahmt und bereits bei den Fleischern mit verkauft sind. Als sich nun die Gewerbetätigkeit etwas näher mit dem zum Ängstigen, dem Anwalter M., befreundete, ergab sich, daß er schon jahrelang einen Handel mit Vieh und Geflügel betrieb hat, obwohl er kein Gewerbe angemeldet und keine Gewerbesteuern bezahlt hat. Er hatte zwar früher mal ein Gewerbe angemeldet, es aber schnell wieder zurückgegeben, als ihm mitgeteilt wurde, daß er 25 Mk. im Jahre bezahlen sollte. Trotz alledem sah M. keinen Viehhandel getrotzt fort. Nach den bisherigen Feststellungen hat er, ohne die Ein- und Ausfuhrerlaubnis des Viehhandelsverbandes oder eine Verleaserkarte zu haben, allein 170 Fiegen angekauft und verkauft, von denen ein Teil gleich in jenem Grundstücke geschlachtet und das Fleisch zu gebräuerten Braten an Schlächter und Brinats verkauft ist. Im Jahre 1917 hat M. nicht weniger als 24 meist schweizerische Schweine unter der Hand verkauft, oft allein nach Essen. Die Schweinehälter haben die Tiere meist wegen Futtermangels veräußert; M. hat sie in einer Wirtschaft der Unterstadt eingeföhrt und mit Hilfe des Wirtes weiter verhandelt. Auch einen schwebenden Fell-, Geflügel- und Kaninchenhandel hat der Junavalle betrieben. Er ist festgenommen.

k. Weimar, 1. Mai. (Die Wahl des zweiten Bürgermeisters, die nach dem vor einer Woche abgeschlossenen und wegen ungenügender Stimmenzahl auf heute verschobenen Ergänzungswahlverfahren ein definitives Resultat ergeben sollte, als die Zahl der abgegebenen Stimmen, auch wenn sie nicht die Zweidrittelmehrheit der gesamten Wählberechtigten erreicht, entscheidend ist, hat ein solches Resultat erbracht und auf Weiterung ein führendes Resultat ergeben. Bei der Auszählung der Stimmen ergab sich, daß für die Kandidaten des offiziellen Wahlschlusses, auf dessen Spitze der Oberbürgermeister Dr. Donnhoff steht, gewählt wurden: für Bürgermeister Willigmann-Umenau 681, für Bürgermeister Rinner-Berford 318 und für Stadtrat Koch-Körben 79 Stimmen, für den „Außenleiter“, d. h. gegen den Willen des offiziellen Wahlschlusses kandidierenden und von diesem fertig besampften Regierungsallozier Rüdert-Weimar, der, seit drei Jahren (d. h. seit dem Sechsende Dr. Ranzels) die Geschäfte des zweiten Bürgermeisters zum größten Teil verwaltet, aber 317 Stimmen. Da es sich nun darum handelte, wer mit Willigmann in die Stichwahl zu kommen habe und die eine Stimme, welche Werner über Rüdert erstreben konnte, maßgebend auf einen Zählfehler beruhen konnte, so wurde abermals genau und unter Kontrolle nachgezählt und es ergab sich, daß auch Wüter nur 317 Stimmen hatte. Schließlich wurde diesem jedoch noch eine der zunächst für unzulässig und zweifelhaft ercheinenden Stimmen zugesprochen, so daß Werner gleichwohl wiederum über 318 Stimmen, d. h. eine Stimme Majorität über Rüdert verfügt. Diese eine Stimme Majorität sichert Werner den Sieg über Rüdert, d. h. Werner kommt mit William in die Stichwahl, welche am 10. Mai stattfindet. Es ist wahrscheinlich, daß sich die Vertetung Rüderts und dieser selbst mit dem Ausschuss des Wahlschlusses in Sachen der einen Majoritätsstimme nicht zurechen geben und die Gültigkeit des ganzen Wahlergebnisses anfechten werden.

Jütland, 1. Mai. (Einen gegenhumoristischen Anzeigenentwurf) eines Beihiligungsgesuches verweigert ein Richter. Das Geschl lautet: „Verding verweigert unter nachstehenden Bedingungen: Arbeitszeit 8-12 Uhr und 2-6 Uhr, Wochenlohn 20-30 Mark, vollständige Kost, Krankende frei, täglich 10-12 Bretzeten, Fernsprecher für Privatwende vorhanden, Beheizung 2 Jahre, Säherer von 20 Bänden Schunbrannen zur Verfügung, Anschlag an die Wassertrichter gestattet.“